



Podiumsdiskussion der Veranstaltung „Gesundheitsbezogener Hitzeschutz in Nordrhein-Westfalen: Status quo und Perspektiven“

31.05.2023 | 14:30 - 18:00 Uhr | online

Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer:

- Alice Balbo (Städtetag Nordrhein-Westfalen),
- Prof. Dr. Henny Annette Grewe (Hochschule Fulda),
- Gerhard Herrmann (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen),
- Christian Müller (Landeskreistag Nordrhein-Westfalen),
- Sara Wild (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen)

Moderation: Stefanie Bathen

In der 50-minütigen Podiumsdiskussion standen Herausforderungen und Gelingensfaktoren für einen wirksamen gesundheitsbezogenen Hitzeschutz im Zentrum. Hierzu interviewte Frau Bathen Vertreterinnen und Vertreter des MAGS, des MUNV, kommunaler Spitzenverbände und der Wissenschaft. Hierbei kristallisierten sich verschiedene, zentrale Aspekte heraus. Insbesondere der Bedarf nach mehr Vernetzung und einer langfristigen Finanzierungslandschaft wurde von allen Seiten betont.

Zuständigkeiten und Vernetzungsbedarf

Eine wesentliche Herausforderung für den gesundheitsbezogenen Hitzeschutz ergibt sich alleine schon aus der thematischen Aufteilung und Trennung von Zuständigkeiten für Klima (inklusive Hitze), das oftmals bei Umweltämtern angesiedelt ist, und Gesundheit, das den Gesundheitsämtern zugeordnet ist. Frau Balbo erläuterte, dass jedoch unabhängig von der Kompetenzverteilung alle Akteurinnen und Akteure innerhalb der Stadtverwaltung sowie in der Stadtgesellschaft entsprechend in eine hitzeorientierte Planung eingebunden werden müssten. Das macht die Planung komplexer, aber vereinfacht in der Regel seine Umsetzung. Herr Müller betonte hierbei die jeweilige Expertise der verschiedenen Ämter (Umweltamt, Bauamt, Gesundheitsamt, Sozialamt), derer sich bedient und welche explizit gebündelt werden sollte. Auch Frau Grewe sieht Kommunikation und Kooperation als wichtige Gelingensfaktoren für einen effektiven Hitzeschutz: So müssten alle miteinander reden und auch mitmachen. Laut ihrer Einschätzung „brennen“ bundesweit aber noch längst nicht alle für die Angelegenheit, es bedürfe neben dem „Abholen“ auch der „Eigenmotivation“ von Akteurinnen und Akteuren. Frau Wild nannte als Herausforderung auch die Überwindung eingefahrener Verwaltungsstrukturen, die leider bisher nicht unbedingt auf Kooperation ausgelegt



seien. „Neben dem Klimawandel ist das Thema Vernetzung eine unserer Zukunftsaufgaben“, so ihre Einschätzung. Aufgrund der Wichtigkeit der Vernetzung in den Kommunen, aber auch von vielfältigen und heterogenen Kommunen untereinander, wurde die vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) eingerichtete Koordinierungsstelle Hitze und Gesundheit des LZG.NRW sowie die hiermit verbundene kommunale Beratung im Verlauf der Diskussion von allen Seiten sehr begrüßt. Diese sollte aus Sicht der kommunalen Spitzenverbände in enger Abstimmung mit dem bestehenden Beratungsangebot für Kommunen des MUNV (Kommunalberatung Klimaanpassung NRW) geschehen.

Planbarkeit und Finanzierungsmöglichkeiten

Neben der Koordination wurde in der Diskussion der Bedarf von Kommunen allgemein und Gesundheitsämtern im Besonderen nach Planbarkeit, einem zeitlichen Rahmen und insbesondere finanziellen Ressourcen betont. Hierbei wurde der aktuelle Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) benannt, welcher laut Herrn Herrmann wie auch Herrn Müller ein erster und wichtiger Schritt zur strukturellen Stärkung des ÖGD ist, der aber nun fortgeführt und verstetigt werden müsste. Herr Herrmann berichtete des Weiteren über die aktuellen Planungen im MAGS zu dem Förderprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen für die Umsetzung der neuen Krankenhausplanung. Von den zur Verfügung stehenden ca. 2,5 Mrd. Euro soll laut Koalitionsvertrag ein Drittel des Geldes für Klimaanpassungsmaßnahmen verwendet werden. Weiter benannte Herr Herrmann das 100 Millionen Euro schwere Förderprogramm der Landesregierung für Energieeffizienzmaßnahmen und zur Stärkung der Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen von Krankenhäusern. Auch Frau Wild erwähnte, dass im Rahmen der Erarbeitung der neuen Klimaanpassungsstrategie des Landes NRW Weichen gestellt, weitere Fördermöglichkeiten entwickelt und (Daten-)Grundlagen geschaffen werden können, um die Planungen und Maßnahmen zum gesundheitsbezogenen Hitzeschutz zu unterstützen. Dennoch bezeichnete sie die Schaffung von langfristigen Finanzierungsstrukturen als „das dicke Brett, das wir bohren müssen“. Frau Balbo ergänzte, dass die Kommunen besondere Planbarkeit und Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Umsetzung von Hitzeschutz- und Hitzevorsorgemaßnahmen benötigen. Die Erstellung von kommunalen Hitzeaktionsplänen sei entsprechend der erste Schritt eines längeren Prozesses.

Langfristige Perspektive und schrittweises Vorgehen

Langfristigkeit gilt des Weiteren auch für die geplanten Maßnahmen zum gesundheitsbezogenen Hitzeschutz. So betonte Frau Grewe als weiteren Gelingensfaktor für einen effektiven Hitzeschutz auf kommunaler Ebene die Notwendigkeit einer langfristigen Perspektive und die Weiterentwicklung und



Evaluierung von Maßnahmen, welche mit Hilfe von quantitativen wie auch qualitativen Daten erreicht werden könnte. Zudem benannte sie auf die Frage, welche Maßnahme in keinem Hitzeaktionsplan fehlen sollte, dass immer ein Maßnahmenpaket angestrebt werden solle, welches der Individualität von Kommunen entspreche, mögliche Störfaktoren beachte und als lebendiges System nach und nach entwickelt werde. „Es gibt für mich nicht nur eine Maßnahme, die das ganze rettet“, sagte Frau Grewe.

Rolle der vertragsbasierten Gesundheitsversorgung

Frau Grewe thematisierte die vertragsbasierte Gesundheitsversorgung welche stärker in die pflegerische, medizinische und kommunale Gesundheitsversorgung mit einbezogen werden müsse. Die Vorteile lägen auf der Hand: Die niedergelassene Ärzteschaft kenne Medikation, soziales Netz und ggf. die Häuslichkeit von Patientinnen und Patienten und könne damit Aufklärung und Hilfe leisten, die eine Kommune gar nicht auf dem Niveau leisten könne. Als Beispiele nannte Frau Grewe Hebammen als primäre Ansprechpersonen für Schwangere sowie Hausärztinnen oder Hausärzte insbesondere für ältere Menschen. Hier könne man etablierte Systeme, Wissen und Kapazitäten nutzen, um die Kommunen zu unterstützen und für Hitzeprobleme besonders gefährdeter Menschen zu schulen. Ein Thema, dass in diesem Kontext auch Herr Herrmann „auf der Seele“ brannte, ist die Frage, wie man durch Hitze gefährdete Menschen erkennen und erreichen kann, die nicht in Einrichtungen leben.

Hitze als Querschnittsthema

Hitze als ein zentrales Querschnittsthema in der heutigen Zeit fand gleich mehrfach Erwähnung in der Diskussion. Die Rolle der Gesundheitsressorts und des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sieht Herr Herrmann als zentral, da Hitze gesundheitliche Auswirkungen verursache. Hierbei benannte er auch die Strategie *Health in All Policies* mit dem Ziel, gesunde Lebensumgebungen zu schaffen. Des Weiteren benannte Herr Herrmann die Problematik, dass Hitze eine starke soziale Dimension hat. So sei Hitze oftmals ein weiterer gesundheitlicher Risikofaktor bei bereits bestehenden problematischen Wohn- und Arbeitsverhältnissen, von denen sozial schwächere Gruppen überproportional betroffen seien (hier wurde auf den Vortrag von Frau Borrmann zum Gesundheitssurvey 2022 verwiesen). Frau Wild berichtete, dass das Thema Gesundheit bereits in der Klimaanpassungsstrategie des Landes NRW 2009 und im Klimaschutzplan 2015 verankert worden war. Sie betonte außerdem, dass Klimaanpassung und das Ziel der Resilienz „keine Umweltaufgabe“ sei, sondern eine Herausforderung, die von allen relevanten Bereichen integriert geleistet werden müsse. Die nächste Klimaanpassungsstrategie des Landes, welche fach- und sektorenübergreifende Maßnahmen beinhalten wird, soll idealerweise im



Frühjahr 2024 vorliegen. „Wir kommen mit jeder Strategie einen Schritt weiter, aber es ist ein langer, anspruchsvoller Weg“, so Frau Wild.

Insgesamt positives Fazit

Abschließend wurden die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer gefragt, wofür sie sich einsetzen wollten und was sie mitnähmen. Frau Balbo und Herr Müller begrüßten, dass das LZG.NRW unter Beteiligung von Kommunen Muster-Hitzeaktionspläne erstellen wird. Beide werden sich dafür einsetzen, diese zu verbreiten. Frau Wild betonte, sie werde sich bei der Entwicklung der neuen Klimaanpassungsstrategie des Landes im Schulterschluss mit dem Gesundheitsressort für eine starke Integration der Gesundheitsbelange einsetzen. Herr Herrmann nannte als weiteres Thema die Förderung der klimasensiblen Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung, und Frau Grewe blickte in die Zukunft und wünschte sich einen landesweiten Hitzeaktionsplan auch für Nordrhein-Westfalen. Den in Nordrhein-Westfalen angestoßenen Prozess für einen effektiven gesundheitsbezogenen Hitzeschutz werde sie weiterhin wohlwollend und kritisch zugleich beobachten.

Zum Ende der Diskussion zogen die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer ein insgesamt positives Fazit. Bereits bestehende und geplante Unterstützungsmöglichkeiten für einen effektiven gesundheitsbezogenen Hitzeschutz, wie Arbeitshilfen und Finanzierungsoptionen, wurden von allen Seiten sehr begrüßt. Diese gelte es nun als Impulse zu nutzen und weiterzuentwickeln. Frau Grewe sprach von einer „Aufbruchstimmung“ mit „viel Unterstützung seitens der Ministerien“.